



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 4. Februar 2010
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1146
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

über die

*10. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 3. Februar 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss führte ein **Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich**, Umdruck 17/265.

Im Rahmen seiner Beratungen zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Wahlgesetz - LWahlG)**, Drucksache 17/10, hat sich der Ausschuss über den Fragenkatalog für die gewünschte Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes zum Komplex Wahlrecht geeinigt.

Des Weiteren nahm der Ausschuss in Aussicht, die Vorlagen zur **Prüfung der Zusammenfassung des Landesschlichtungsgesetzes (LSchLiG) und der Schiedsordnung für das Land Schleswig-Holstein (SchO)**, Umdrucke 17/75 und 17/145, noch einmal in Anwesenheit des Justizministers zu beraten.

Einvernehmlich beschloss der Innen- und Rechtsausschuss zum **Entwurf eines Gesetzes zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, Drucksache 17/133, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind innerhalb von einer Woche zu benennen.

Einstimmig bei Enthaltung des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den **Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zum Staatsvertrag vom 25. Juni 2009 über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus zur Umsetzung des Fakultativprotokolls zum VN-Abkommen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**, Drucksache 17/147, unverändert anzunehmen. Darüber hinaus bat er den

Justizminister, eine schriftliche Begründung der Abweichung des Gesetzentwurfs vom Landtagsbeschluss aus dem Jahre 2004 nachzureichen.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur **Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**, Drucksache 17/92 (neu), wurde der Wissenschaftliche Dienst gebeten, eine Vorlage zu den vorliegenden Änderungswünschen der Geschäftsordnung zu erstellen und nahm in Aussicht, sich in seiner Sitzung am 17. Februar 2010 erneut damit zu beschäftigen.

Außerdem bat der Innen- und Rechtsausschuss den federführenden Finanzausschuss, ihn an seinem Beratungsverfahren zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/186, zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/193, und zum Änderungsantrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/205, zur **Änderung der Landesverfassung** sowie zum SPD-Antrag zum **Altschuldenpakt**, Drucksache 17/187 (neu), zu beteiligen.

Die Beratung über den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein**, Drucksachen 17/171 und 17/215, wurde vertagt.

Schluss: 15:40 Uhr

gez. Dörte Schönfelder